

Niederschrift über die Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 18.05.2010

Tagungsort: Concarneau-Raum (Cafeteria 1, Neues Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Hartmut Meichsner
Herr Ralf Nettelstroth
Herr Holger Nolte

SPD

Herr Menderes Candan
Frau Regina Klemme-
Linnenbrügger
Herr Hans-Werner Pläßmann
Frau Karin Schrader
Herr Ulrich Windhager

ab 17.15 Uhr, TOP 4.2

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn
Herr Dr. Jörg van Norden

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Herr Jens Andernacht

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath
Herr Cemil Yildirim

Verwaltung

Herr Arnt Becker
Frau Katrin Köppe
Herr Bernd Reidel

Frau Anja Ritschel
Herr Uwe Scheele
Herr Thomas Werning
Herr Martin Wörmann

zu TOP 9

Gäste

Herr Bernd Vollmer

Zuhörer in nichtöffentlicher
Sitzung

Nicht anwesend:

xxxBeirat für Behindertenfragen

Herr Jürgen Heuer

Zu Punkt

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass zwei Anfragen aus den Fraktionen erst nach dem Versand der Einladungen, aber noch fristgerecht (bis 10.05.2010, 24.00 Uhr) eingegangen seien. Die Anfragen seien vor der Sitzung als Tischvorlagen verteilt worden und sollen als TOP 4.1 und 4.2 behandelt werden.

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2010 in gemeinsamer Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und des Stadtentwicklungsausschusses am 20.04.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.04.2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Auf Anregung der Herren Meichsner und Nettelstroth soll die Genehmigung der Niederschrift vertagt werden, weil es zu mehreren Formulierungen Klärungsbedarf gebe. Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 3.1

Zwischenbericht zur Freilegung der Lutter

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zum Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung (BV) Mitte vom 06.05.2010 zur Offenlegung der Weser-Lutter verweist Frau Ritschel auf den Sachstandsbericht in der BV Mitte. Der Bericht ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3.2

Naturpark Teutoburger Wald

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Wörmann teilt mit, dass der Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge die Teilnahme am EFRE-Wettbewerb (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) beabsichtige. Vorgesehen sei ein Projekt zur Optimierung der Wanderwegeinfrastruktur im Bereich der FFH-Gebiete (Flora, Fauna, Habitat). Unter dem Titel „Natur-ZeitReise“ sollen Qualitäts-Themenrouten entstehen. Gefördert werden solle hier das Naturerleben z.B. durch verbesserte Wegeführung, interaktive Spiel- und Lernangebote aber auch durch Biotopentwicklung oder die Erlebbarmachung der Geologie.

Der Eigenanteil, der 20 % der Gesamtkosten betrage, müsse bereits in der Projektskizze zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung verbindlich erklärt und belegt werden. Für die Stadt Bielefeld ergäbe sich nach erster vorläufiger Schätzung ein Eigenanteil von max. 45.000,- € für die Jahre 2011 bis 2013.

Nach Rücksprache mit der Kämmerei sei es aufgrund des § 82 GO nicht möglich, von dort die Zustimmung für die Bereitstellung des Eigenanteils zu geben.

Mit den Delegierten der Stadt werde das Verhalten für die nächste Verbandsversammlung am 12. Juni abgesprochen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.3

Ausbruch von Heckrindern

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Wörmann bezieht sich auf Anfragen aus zwei Bezirksvertretungen, in denen u.a. Kosten durch den Ausbruch von Heckrindern Anfang Mai gefragt wurde. Er stellt klar, dass aus der Johannisbachaue keine Rinder ausgebrochen seien.

Es handele sich um gewöhnliche Mastrinder eines Landwirtes aus Vilsendorf.

Grundsätzlich gelte, der das Beweidungsprojekt betreuenden Landwirt sei verkehrspflichtig und verfüge über eine Tierhalter-Haftpflichtversicherung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 4.1

A+E Maßnahmen nach den Vorschlägen der "Stiftung Westfälische Kulturlandschaft"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0984/2009-2014

Gemeinsame Anfrage der Ratsfraktionen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP vom 07.05.2010:

Wie schätzt die Verwaltung die Möglichkeiten ein, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach den Vorschlägen der „Stiftung Westfälische Kulturlandschaft“ zu realisieren?

Die Begründung erfolgt mündlich.

Herr Wörmann teilt mit, dass die Stadt Bielefeld derzeit mit Vertretern der Bielefelder Landwirtschaft im Gespräch sei, ob Flächen in einen Pool für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gegeben werden können. Wichtig sei die Klärung der Frage, wie die gesetzlich geforderte Dauerhaftigkeit gesichert werden könne. Er rechne damit, dass nach den Sommerferien über den aktuellen Stand des Projektes berichtet werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Aussagen und Sachverhaltsdarstellungen in dem Artikel "Der Baum-Skandal" in der NW vom 26.04.2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0991/2009-2014

Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 07.05.2010:

Der nachfolgenden Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

In dem Artikel „Der Baum-Skandal“ in der NW vom 26.04.2010 wird u.a. über Zitate „wir haben ja in Bielefeld auch keine Baumschutzsatzung mehr“ der Eindruck erweckt, dass durch eine Baumschutzsatzung der bekannte Vorfall hätte verhindert werden können. Außerdem werden ohne abschließende rechtliche Bewertung und Kenntnis von Bauantragsunterlagen laut Presse Vermutungen wiedergegeben, die indizierter einer Vorabverurteilung gleich kommen. (Beispielhaft: „Nun seien die Bäume weg, und jetzt könne der aktuelle Investor einen Bauantrag stellen. Den zu genehmigen, dazu sei das Bauamt nun vermutlich gezwungen. »Die Einschränkungen, die der erste Investor hatte, gibt es jetzt nicht mehr,« sagte Jörg van Norden“)

Zur Klarstellung bitten wir um die Beantwortung der nachfolgenden Anfrage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz:

Frage:

Wie stellen sich unter Berücksichtigung des obigen Artikels die gegenwärtigen Erkenntnisse aus sachlicher und rechtlicher Sicht dar?

Herr Dr. van Norden weist in einer persönlichen Erklärung den Vorwurf zurück, er habe gegenüber der Presse falsche Angaben gemacht. Er lege Wert darauf, auf evtl. Unstimmigkeiten persönlich angesprochen zu werden und nicht in Form einer derartigen Anfrage.

Herr Becker berichtet, dass es in der Sache selbst gegenüber der letzten Sitzung keine Neuigkeiten gebe. Das bereits erwähnte Anhörungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen.

Er ergänzt, dass ein größerer Teil der gefälltten Bäume in einem Bereich lag, der vom Regionalforstamt OWL als Wald eingestuft sei. Etwa zwei bis drei Bäume hätten im Innenbereich nach § 34 BauGB gestanden.

Herr Meichsner hält die Äußerung von Herrn Dr. van Norden für befremdlich. Er verweist auf die Vorbesprechung zur Sitzung, in der er den Vorsitzenden auf den Zeitungsartikel angesprochen und die Anfrage zu dieser Sitzung angekündigt habe

Frau Ritschel stellt zum Thema „Baumschutz“ klar, dass hier auch Artenschutzbelange eine Rolle spielen würden. Bei Baumfällarbeiten seien schließlich auch Brutzeiten zu beachten.

Herr Hahn erklärt, dass Pressartikel nicht immer die Realität genau wieder geben würden. Er habe den Eindruck, dass hier der eigentliche Sachverhalt der unabgestimmten Fällung wertvollen Baumbestandes in den Hintergrund rücken würde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5

Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 5.1

Gestaltung einer Bodenmarkierung der Zwangsarbeiter- und Zwangsarbeiterinnenbaracke auf dem Park- und Festplatz Johannisberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0687/2009-2014

Herr Andernacht beantragt für die Koalition (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) den Schriftzug auf dem geplanten Cortenstahlband wie folgt zu formulieren:

„Hier stand eine Baracke des Lagers „Bethlem“ der Dürkopp-Werke, eines von zahlreichen Zwangsarbeiterlagern von Bielefelder Unternehmen. Allein im Lager „Bethlem“ wurden im 2. Weltkrieg weit über 1000 Zwangsarbeiter/-innen gefangen gehalten, die meisten von ihnen aus der Sowjetunion verschleppte Frauen und Mädchen.“

Herr Meichsner vertritt die Auffassung, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung dem ursprünglichen Beschluss zum Bodendenkmal (Drucksachen-Nr. 7283/2004-2009), in dem über das Denkmal in Form eines Cortenstahlbandes ohne Beschriftung entschieden worden sei, widerspreche. Somit müsse seiner Ansicht nach der Beschluss aufgehoben werden. Er sehe außerdem einen Zusammenhang zu den geplanten Mahnmalen, die gemäß der Vorlage Drucksachen-Nr. 963 erst in der nächsten Sitzung behandelt werden sollen. Er äußert Zweifel daran, dass die geplanten Maßnahmen insgesamt aus den aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden können.

Da auch die Frage der Folgekosten seiner Meinung nach verwaltungsintern zwischen dem Immobilienservicebetrieb (ISB) und dem Umweltbetrieb (UWB) noch nicht geklärt sei, beantragt er für die CDU-Fraktion, die Beschlussfassung erneut zu vertagen.

Frau Ritschel stellt zu der Vorlage, die in dieser Sitzung noch nicht behandelt wird, klar, dass es darin u.a. um die Skulptur „Unter Zwang“ gehe. Über das Bodendenkmal, das Gegenstand der Beratung sei, solle jetzt wegen der Bauablaufplanung entschieden werden. Sie erläutert, dass für die Unterhaltung der Fläche der UWB zuständig sei.

Herr Hahn und Frau Schrader sprechen sich dafür aus, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Berücksichtigung des vorliegenden Änderungsantrages der Koalition zu folgen.

Herr Nettelstroth spricht sich dafür aus, die parallel laufenden Vorlagen gemeinsam zu verhandeln.

Herr Wörmann erklärt, dass der Kostenrahmen der verfügbaren Mittel aus dem Konjunkturpaket II eingehalten werde. Hinsichtlich der Folgekosten sei festzustellen, dass der ISB als Eigentümer der Fläche den UWB mit der Pflege beauftragen werde. Er gehe davon aus, dass diese Bodenmarkierung mit geringem Aufwand im Rahmen der laufenden Unterhaltungsarbeiten für den Platz gepflegt werden könne.

Herr Dr. van Norden lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion, die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu vertagen, abstimmen:

Dafür: 6 Stimmen
Dagegen: 9 Stimmen
- mithin abgelehnt -

Sodann fasst der Ausschuss anschließend folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, das Cortenstahlband unter Berücksichtigung des Antrages der Fraktionen der SPD, Bündnis90/Die Grünen u. FDP wie vorgeschlagen zu beschriften und dies aus den für das Projekt bewilligten Mitteln des Konjunkturpaketes II zu finanzieren.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

Dafür: 9 Stimmen

Dagegen: 6 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Naturräumlicher Konzeptplan

hier: Prüfauftrag Nordhangflächen Sparrenburg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0568/2009-2014/1

Herr Meichsner betont, dass ihm nicht klar sei, warum die Bauschuttfläche zwischen den Straßen „Zur Berglust“ und „Am Sparrenberg“, wo bereits Kompensationsmaßnahmen durchgeführt wurden, anders bewertet wurde als seine Vorschlagsfläche. Die in den Vorlagen genannten Begründungen entzögen sich seiner Kenntnis.

Herr Becker begründet die negative Bewertung der Vorschlagsfläche mit der Lage nahe zur Bebauung und bereits außerhalb des FFH-Gebietes.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Beitritt der Stadt Bielefeld zur Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0669/2009-2014

Herr Meichsner fragt, mit welchen Kosten durch den Beitritt zur Deklaration zu rechnen sei.

Frau Ritschel antwortet, dass die Deklaration an sich nichts kosten würde. Es gehe darum, dass ein Bündnis aus Kommunen geschlossen wer-

de. Sie bezeichnet die „Biologische Vielfalt“ als große globale Herausforderung. Die Bundesregierung habe eine nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt entwickelt, die nun umgesetzt werden solle. Es seien damit keine konkreten rechtlichen Verpflichtungen verbunden. Sie bekräftigt, dass für den Beitritt keine zusätzlichen Gelder zur Verfügung gestellt würden. Der Landschaftsbeirat habe ein großes Interesse am Beitritt bekundet. Es solle ausgelotet werden, wer jetzt schon was mache.

Herr Hahn betont, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Städten geplant sei. Aber man solle Resolutionen nicht einfach nur unterschreiben, sondern man solle sich auch daran halten.

Herr Nettelstroth meint, dass kein Mensch etwas gegen die Biologische Vielfalt habe. Er halte aber auch den Punkt „Nachhaltigkeit“ für wichtig. Frau Ritschel habe darauf hingewiesen, dass die Umsetzung mit dem vorhandenen Personal erfolgen solle – ohne weitere Kosten. Er frage sich, wie dieses bei der bisherigen Aufgabenverdichtung noch möglich sei, da er aus der Vorlage auch Mehrarbeit sehe. Er halte es für wichtig, dass man sich an eine unterzeichnete Deklaration halte.

Herr Schmelz verweist darauf, dass man einzelnen Punkten aus der Deklaration durchaus auch verschiedene Wertigkeiten geben könne und die Vorgaben damit einhalte.

Herr Meichsner erinnert, dass die CDU-Fraktion in der letzten Sitzungsperiode einen Beschluss zur Artenvielfalt erwirkt habe. Er erwarte hierzu einen Bericht der Verwaltung zum Umsetzungsstand.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt den Beitritt der Stadt Bielefeld zur Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen.“

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

- keine -

Zu Punkt 7

Vorstellung des KlimaTisch Bielefeld e. V. - Netzwerk der Praktiker

für Energie-Effizienz und Klimaschutz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0944/2009-2014

Herr Reidel berichtet zur Vorlage und ergänzt, dass der Klimatisch Bielefeld e.V. in der Vergangenheit bereits durch Aktionen, u.a. auf Messeständen, auf sich aufmerksam gemacht habe.

Für den Vortrag der beiden Vorstandsmitglieder des Vereins Klimatisch Bielefeld e.V., Ingo Dedermann, Geschäftsführer der Firma Barczewski, und Dirk Vormfenne, Sparkasse Bielefeld, wird die Sitzung vom Vorsitzenden mit Zustimmung des Ausschusses von 18.15 Uhr bis 18.35 Uhr unterbrochen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 8

Zehn Jahre Thermografieaktionen in Bielefeld, Evaluationsergebnisse

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0945/2009-2014

Herr Wörmann berichtet zur Vorlage und fasst zusammen, dass durch die Evaluation nun Zahlen über den Erfolg der Thermographieaktion in den vergangenen zehn Jahren vorlägen.

Herr Schmelz teilt mit, dass das Berufskolleg über das nötige Equipment für Thermographieaufnahmen verfüge, da dieses für einige Berufsausbildungsgänge benötigt werde. Er fragt, ob es eine Zusammenarbeit oder Einbeziehung des Berufskollegs gebe.

Herr Reidel antwortet, dass dieses bisher nicht der Fall sei; dieser Vorschlag solle aber aufgenommen werden.

Herr Hahn fragt nach den Kosten einer Fortführung der Thermographieaktion.

Herr Wörmann stellt klar, dass die Stadt Bielefeld keine Kosten trage. In diesem Jahr wurde von einem Anbieter die Sonderaktion „99 Aufnahmen für 99 Euro“ durchgeführt. Der reguläre Preis liege bei ca. 300 Euro.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 9

Sachstand zum Grundwasserschaden mit chlorierten Kohlenwasserstoffen zwischen Bielefeld-Brackwede und Bielefeld-Ummeln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0948/2009-2014

Herr Werning berichtet zur Vorlage und stellt den vor gut 30 Jahren entdeckten Grundwasserschaden in Bielefeld-Brackwede im Bereich des Südwestfeldes vor.

Herr Meichsner teilt mit, dass er sich noch gut an den Vorfall „Winterstraße“ erinnern könne. Damals habe es ein Verwertungsverbot von selbst angebautem Gemüse gegeben. Er fragt, ob diese Einschränkung noch gelte.

Des Weiteren sei für ihn von Interesse, aus welchem Grund die in Abbildung 4 der Vorlage gezeigte Kurve zur Entwicklung der CKW-Gehalte an der Kasseler Str. im Jahr 2003 eine besondere Spitze zeige.

Herr Werning kann das Verwertungsverbot nicht bestätigen, weist aber darauf hin, dass im Bereich der Kleingärten Altablagerungen vorlägen, die jedoch nichts mit dem vorgestellten Grundwasserschaden zu tun hätten. Aktuell gebe es keine Einschränkungen für den Verzehr von dort angebautem Gemüse.

Zu der angesprochenen Abweichung in der Kurve bezüglich der CKW-Gehalte erklärt er, dass Unregelmäßigkeiten durchaus normal seien. Je nach Grundwasserständen und –verhältnissen würden Schadstoffe in unterschiedlicher Konzentration mitgeführt.

Herr Hahn merkt an, dass nach seinem Kenntnisstand die CKW-Verunreinigungen oben schwimmen würden und daher schneller abgebaut würden.

Herr Werning antwortet, dass die Stoffe gut wasserlöslich seien und aufgrund des hohen spezifischen Gewichtes sich auch im Grundwasser tendenziell nach unten orientierten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

- keine -

Dr. Jörg van Norden

Katrin Köppe